



Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming

Rede von Hans-Jürgen Akuloff, Fraktionsvorsitzender, zur Stellungnahme Teltow-Flämings zum Referentengesetzentwurf zur Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg auf der Kreistagssitzung am 20. Februar 2017

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Herr Vorsitzender, Frau Landrätin, wertere Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

der weitestgehende Meinungskonsens unseres Kreistages zur Eigenständigkeit von Teltow-Fläming ist der beste Beitrag zum Referentenentwurf für die Kreisneugliederung.

Der politische Wille hat klare Konturen seit fast zwei Jahren in völliger Übereinstimmung mit den Bürgermeistern und Gremien. Der Vorschlag der Landrätin, den Zeitplan der Reformumsetzung zu Gunsten gründlicher Vorbereitung zu ändern, ist von der Landesregierung ignoriert worden, was heute deutlich wird, wenn der Kenntnisstand zur Funktionalreform bewertet wird.

Die vorliegende Stellungnahme ist realitätsbezogen und stärkt unser Selbstbewusstsein mit den Entscheidungspunkten:

- Einwohnerprognose,
- Wirtschaftskraft und
- Finanzentwicklung.

Weiteres wird in der Stellungnahme vorgetragen. Auf die Akzeptanz der Argumente hoffen wir sehr. Auch auf die Einhaltung der Zusagen, aktuelle Statistikzahlen zu verwenden.

Unsere Auffassungen zum Thema Mandatsausübung und Ehrenamt sind dem Ministerium für Inneres und Kommunales in der Beratung mit den Kreistagsvorsitzenden dargelegt worden. Die Erwartungen fast aller Landkreise sind nicht erfüllt. Viel mehr als eine Bestandsaufnahme mit Prüfwzusagen ist es bei diesem Termin nicht gewesen ...

Die Stellungnahme kann deshalb auch nicht ausführlicher auf Konzeptabsichten eingehen. Formulierungen im Referentenentwurf sind unzureichend und juristisch anfechtbar. Deutlich gesagt: Demokratie kann ohne Ehrenamt und Mandatsausübung nicht stattfinden. Schon gar nicht kann das Land die zusätzlichen Aufwendungen auf die Landkreise verlagern.

Wir erwarten von der Landesregierung ein Demokratiepaket mit der Aufschrift „Maßnahmen zur Stärkung des Ehrenamtes“ – und das für kleine sowie große Fraktionen. Das Prinzip Bestenauswahl für Kreistagsmandate darf nicht durch Berufstätigkeit eingeschränkt werden. Nichts gegen aktive Rentnerinnen und Rentner – aber ein Kreistag der Pensionäre ist der falsche Maßstab für politische Mitbestimmung.

In Reaktion auf die Reformgegner mit den Unterschriften der Volksinitiative hat SPD-Innen- und Kommunalminister Schröter sinngemäß geäußert, „nicht die Mundwerker sondern die Handwerker“ entscheiden über den Erfolg der Reform. Das mag sogar stimmen. Genauso ist aber Fakt, dass die Reformpakete handwerklich solide umgearbeitet werden müssen, weil die bislang vorgelegten Reformpapiere konstruktive Mängel aufweisen. Vieles wird in der Stellungnahme beschrieben und logisch argumentiert.

Abschließend eine persönliche Anmerkung zur grundsätzlichen Ablehnung der Reformnotwendigkeit. Finanzpolitisch wird sie mit weniger Zuweisungen von Bundes- und Landesmitteln begründet. Diers sind aber doch das Ergebnis von Beschlüssen des Bundes bzw. der Europäischen Union zur Finanzausstattung der Kommunen.